



SACHBERICHT



KAS EUROPABÜRO BRÜSSEL

Podiumsdiskussion zum Europäischen Auswärtigen Dienst mit Poul Skytte Christoffersen, Peter Tempel und Jacek Saryusz-Wolski

Brüssel, 28. April, 19 Uhr 30, Europabüro der KAS

Im Rahmen einer Podiumsdiskussion zum Europäischen Auswärtigen Dienst stellte der Berater der Hohen Vertreterin Poul Skytte Christoffersen den Entwurf zur Schaffung des EAD vor. Peter Tempel (Generaldirektor der Europaabteilung im Auswärtigen Amt) kommentierte diesen aus der Perspektive der Mitgliedsstaaten, Jacek Saryusz-Wolski erläuterte die Nachbesserungswünsche des Europäischen Parlaments an dem Entwurf.

Einleitend betonte **Poul Skytte Christoffersen** die Komplexität des Dienstes. Die Aufgabenlast der Hohen Vertreterin Lady Ashton habe man unterschätzt: Sie besitze mehr als die oft zitierten zwei Hüte (Kommissarin / HV), so muss sie beispielsweise auch den Ratsvorsitz beim Außenministerrat führen.

Mit dem EAD selbst schaffe man mehr als ein bloßes Außenministerium, da er auch zivil-militärische Einheiten umfasse, die üblicherweise nicht in einem solchen angesiedelt seien. Mit seiner Struktur stärke der EAD die Kohärenz des außenpolitischen Handelns der EU.

Christoffersen bezeichnete die Kommunikation von Entscheidungen und Positionen der EU als eine der wichtigsten Aufgaben Ashtons und des Dienstes.

Er lobte den am Montag im Rahmen des GAC von den Mitgliedstaaten genehmigten Entwurf. Dieser werde den Interessen sowohl der Kommission, denen des Rats sowie der Mitgliedstaaten gerecht und stelle eine gute Grundlage für die Gespräche mit dem Europäischen Parlament dar. Der Kompromiss trage einigen Wünschen der Mitgliedstaaten Rechnung, etwa der Forderung nach einer klaren Trennlinie zwischen Entwicklungs- und Außenpolitik. Christoffersen drängte auf rasche Fortschritte bei der Etablierung des Dienstes, Die aktuelle Lage beeinträchtige die außenpolitische Handlungsfähigkeit der EU.

Peter Tempel unterstrich ebenfalls die Notwendigkeit eines raschen Aufbaus des Dienstes. Das etwa 40-seitige Papier enthalte zahlreiche Kompromisse, werde aber dem Geist des ursprünglichen Entwurfs von Ashton gerecht und sei eine sehr gute Basis für die weitere Arbeit. Der Entwurf gebe klare Anweisungen beispielsweise zur Nutzung der finanziellen Instrumente in Zusammenarbeit mit den relevanten Generaldirektionen der Kommission. Tempel sprach sich für eine politische Paketlösung aus. In den anstehenden Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament würden nun vor allem die Themen Haushaltskontrolle, Rechenschaftspflicht gegenüber dem EP, Dialog im Bereich des Krisenmanagements im Vordergrund stehen. Ziel sei eine Umsetzung vor der Sommerpause. Die Personalvorschriften („staff regulations“) könnten möglicherweise bis in den Herbst verschoben werden.

**SACHBERICHT
EUROPABÜRO BRÜSSEL**

APRIL 2010

www.eukas.eu

Jacek Saryusz-Wolski bezeichnete den Entwurf als nicht ausreichend und beklagte die mangelnde Einbeziehung des Parlaments – unter anderem in der für den EAD eingesetzten Expertengruppe. Das Europäische Parlament beschäftige sich seit 5 Jahren intensiv mit dem Auswärtigen Dienst und sei deshalb auch weniger überrascht über einige Inhalte des Vertrages zum EAD als einige Mitgliedstaaten. Wenn man beim EAD eine Paketlösung anstrebe, werde man vor der Sommerpause kaum zu einer Einigung kommen (ins besondere wegen der Personalvorschriften), ohnehin sei der derzeitige Zeitplan sehr ehrgeizig. Zwar sehe auch das Parlament die Dringlichkeit einer raschen Einigung, im Vordergrund steht für das EP jedoch die Schaffung eines qualitativ hochwertigen Dienstes. Eine Kernforderung des EP sei die Stärkung der Legitimität des außenpolitischen Handelns der EU durch die Schaffung des Europäischen Auswärtigen Dienstes.

Grundsätzliche Differenzen mit dem Rat bestehen mit der stärkeren Betonung der Gemeinschaftsmethode durch das EP. Divergenzen gebe es bei der Frage, wie politisch der EAD sein solle. So sei eine der Kernforderungen des Parlaments die Schaffung dreier politischer Vertreter, die keine Beamten des EAD sind, sondern auch rechenschaftspflichtig gegenüber dem EP seien. Das sei umso dringlicher, als dass Ashton angesichts ihres Arbeitspensums nicht fähig sein werde, die zu Beginn ihrer Amtszeit versprochene Präsenz vor dem EP zu garantieren. Schon ihr Amtsvorgänger Solana habe Probleme gehabt, häufig genug vor dem EP zu erscheinen, im Falle Ashtons sei das EP bereits nach einigen Monaten von ihren zu kurzen Besuchen der HV frustriert. Ferner sollte eine ex ante Konsultation bei wichtigen politischen Entscheidungen statt finden. Vor ihrer Berufung sollen hohe Beamte ebenfalls ein Hearing vor dem EP absolvieren. Darüber hinaus forderte Saryusz-Wolski eine Klärung der Befehlsstränge in den Delegationen. Der Entwurf lasse zudem bei den Haushaltskontrollrechten des EP zu wünschen übrig.

Das EP fordere darüber hinaus eine politische Kontrolle auch der militärischen Strukturen im EAD.

Schließlich mahnte Saryusz-Wolski auch zu einer breit angelegten Vertretung aller Mitgliedstaaten im EAD an. So seien derzeit nach dem so genannten „Kinnock-Index“ (der das Gewicht im Rat sowie die Sitze des jeweiligen Parlaments im EP berücksichtigt) 16 Mitgliedstaaten unterrepräsentiert (darunter neben den neuen Mitgliedsländern auch Deutschland, Großbritannien und Italien). Hier forderte der Abgeordnete die Schaffung eines verbindlichen Überwachungsmechanismus, der im Gegensatz zur aktuellen Situation in den Institutionen die gleichmäßige Vertretung der Mitgliedstaaten garantiere.

In einer ersten Reaktion kündigte Christoffersen hierzu an, dass im Laufe des nächsten Monats, ein präzisierter Vorschlag vorliegen werde, um eine ausgewogene Vertretung aller Mitgliedstaaten zu garantieren. Gleichwohl werde dieser Prozess im EAD mehrere Jahre benötigen.

Der vom EP bevorzugten Schaffung eines Budgets nach dem Vorbild von OLAF stehe Ashton ablehnend gegenüber. Mit einer solchen Lösung würde man riskieren, in die kommissionsinternen Grabenkämpfe um Budgetmittel

einbezogen zu werden. Zudem würde man für jede kleine Änderung eine lange Prozedur benötigen. Das sei der Notwendigkeit eines flexiblen Budgets hinderlich. Dies betreffe aber ohnehin nur das administrative Budget. Eine umfassende Haushaltskontrolle werde auch mit den bestehenden Bestimmungen erreicht. Die Hohe Vertreterin werde bei der Haushaltsentlastung im EP stärker als Kommissionskollegen im Vordergrund stehen, weil sie sich nicht hinter einem Verweis auf das Kommissionskollegium „verstecken“ könne.

Alle Podiumsteilnehmer warben für ein größeres Budget des EAD. Das Kriterium der Haushaltsneutralität, dessen Beachtung vor allem von Großbritannien gefordert wird, lasse sich nicht mit der umfangreichen Aufgaben des EAD vereinbaren.

Bezüglich der vom EP geforderten politischen Kontrolle bei Ernennungen wichtiger außenpolitischer Vertreter deutete Christoffersen Kompromissbereitschaft gegenüber dem EP an. Man hoffe, dass die Mitgliedstaaten den etwas weiter gehenden neuen Vorschlägen Ashtons in diesem Bereich zustimmen würden. Insgesamt zeigte er sich optimistisch, zu einer Einigung zu kommen.

Mit Bezug auf die ex-ante Konsultation bei wichtigen außenpolitischen Entscheidungen deutete Christoffersen an, das EP in den Entscheidungsprozess einbeziehen zu wollen.

Unterschiedliche Ansichten gab es bzgl. des Wunsches des EP nach einer stärkeren Politisierung des Dienstes: Laut Christoffersen stehe die HV Plänen für eine Politisierung ablehnend gegenüber.

Ein weiteres Thema war die Transparenz des Dienstes: Saryusz-Wolski bemängelte hier das Fehlen eines klaren Organigramms und einer Struktur. Das beeinträchtige die Kontrolle des Dienstes durch das Europäische Parlament. Gerade angesichts der Kritik der Bürger an der fehlenden Transparenz der EU sei dieser Aspekt von besonderer Bedeutung. Demgegenüber begründete Christoffersen das Fehlen eines Organigramms mit der Notwendigkeit einer flexiblen Struktur im EAD, um ressort- und geographisch übergreifenden Herausforderungen besser begegnen zu können.

In diesem Kontext betonte Christoffersen auch die Transparenz der Auswahlprozesse des EAD (gerade im Vergleich zu denjenigen des Rates).

Unterschiedliche Einschätzungen zeigten sich bei der Deutung des Dienstes als intergouvernementaler oder gemeinschaftlicher Institution sowie bei der Frage nach der Herausbildung eines esprit de corps. Während Vertreter der Kommission eine schleichende Entwicklung hin zu einem Generalsekretariat des Rates vermuten, gingen Tempel und Christoffersen davon aus, dass dies alleine schon durch die starke Anwesenheit ehemalige Kommissionsbeamter (unter anderem in den Krisenmanagement-Einheiten) unwahrscheinlich sein werde. Durch die Schaffung des EAD werde vielmehr der Bereich der Außenpolitik mit der Gemeinschaftsmethode „infiltriert“.

Optimistisch äußerten sich Tempel und Christoffersen bezüglich der Schaffung eines Esprit de corps. Unter Verweis auf die eigene Erfahrung, ging Tempel davon aus, dass sich von den nationalen Stellen entsandte Beamte rasch in den Dienst integrieren würden. Zudem würden laut Christoffersen diese voraussichtlich länger als die üblichen vier Jahre im

SACHBERICHT
EUROPABÜRO BRÜSSEL
APRIL 2010

www.eukas.eu

EAD bleiben. Man werde häufig eine Verlängerung um weitere vier Jahre und bisweilen sogar um zwei weitere Jahre erleben.

Diskutiert wurden auch die Frage nach Befehlssträngen in den Delegationen sowie die Frage nach der Stellung der Delegationsleiter. Einige Teilnehmer sprachen sich für direkte Befehlsstränge der Kommission aus, die nicht immer notwendigerweise über den Delegationsleiter gehen müssten. Andere betonten (auch Vertreter der Kommissionskabinette) die politische Schlüsselposition der Delegationsleiter.

Abschließend deutete Christoffersen an, dass die tatsächliche Größe des EAD, bzw. die Anzahl der arbeitenden Personen wesentlich kleiner sein werde, als die mitunter kursierenden Zahlen. Gleichwohl gebe es noch keine sicheren Ziffern.

Olaf Wientzek